



**jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus**

Tätigkeitsbericht:

**Auswahl an Veranstaltungen und
Veröffentlichungen des Jüdischen Forums für
Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)**

2008

1.AUFGABEN DES JFDA.....	3
2.VERANSTALTUNGEN UND KOOPERATIONEN IM RAHMEN DER ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG UND FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS.....	4
PODIUMSDISKUSSION: WIEDERERÖFFNUNG DER ZERSTÖRTEN AUSSTELLUNG	5
PODIUMSDISKUSSION: "WENN FUSSBALL KEINEN SPASS MEHR MACHT, SONDERN ZUR BEDROHUNG WIRD." – ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS IM FUSSBALLSTADION"	6
TAGUNG „ISLAMISCHER ANTISEMITISMUS“ UND „ISLAMOPHOBIE“	8
GRÜNDUNG DES „JÜDISCHEN FORUMS FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN ANTISEMITISMUS“	10
3. PRESSEMITTEILUNGEN (AUSWAHL).....	11
16. DEZEMBER 2008: ZUM NPD-VERBOTSVERFAHREN.....	12
12. NOVEMBER 2008: ZUR KUNDGEBUNG "70 JAHRE NACH DER REICHSPOGROMNACHT – GEGEN ANTISEMITISMUS"	13
4. NOVEMBER 2008: ANTISEMITISCHER ÜBERGRIFF IN CHARLOTTENBURG.....	14
3. NOVEMBER 2008: FÖRDERUNG ZUR EINIGUNG IM BUNDESTAG ÜBER EINEN REGELMÄSSIGEN BERICHT ZUR ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG	15

1. Aufgaben des JFDA

Das von der jüdischen Gemeinde zu Berlin initiierte Forum ist ein Zusammenschluss jüdischer ExpertInnen, die sich im Rahmen ihrer unterschiedlichen Tätigkeitsfelder mit Antisemitismus und Antizionismus auseinandersetzen.

Ziel des Forums ist es, die Demokratie zu stärken und dem wachsenden Antisemitismus und Antizionismus in ihren verschiedenen Ausprägungen entgegenzutreten.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal als auch durch Gewalt manifestieren kann.

Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechnete Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen, Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen. Das Forum strebt ein Bündnis mit anderen Institutionen und Gruppierungen an, deren Ziel es ist, antidemokratische und antisemitische Tendenzen zu bekämpfen.

Die Stärkung der Demokratie und die Bekämpfung des Antisemitismus gehört zu den Hauptaufgaben der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Wir unterstützen demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin benannte Levi Salomon als ehrenamtlichen Beauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus. Seine Aufgabe ist es, ein unabhängiges Monitoring durchzuführen und antisemitische Vorfälle und Tendenzen sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse zu erfassen und zu bewerten, die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam zu machen und für Gegenmaßnahmen zu gewinnen.

Der Antisemitismus-Beauftragte plant Publikationen und pflegt den Kontakt mit staatlichen, gesellschaftlichen und publizistischen Einrichtungen, um auf Missstände und auf Kooperationsmöglichkeiten bei der Bekämpfung von Antisemitismus hinzuweisen.

2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens

Podiumsdiskussion: Wiedereröffnung der zerstörten Ausstellung

Die Humboldt-Universität zu Berlin und die Jüdische Gemeinde zu Berlin laden ein zu einer gemeinsamen Podiumsdiskussion und Wiedereröffnung der zerstörten Ausstellung „Verraten und verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“.

Montag, 17. November 2008, um 20 Uhr

im Senatssaal der

Humboldt-Universität zu Berlin

Es diskutieren:

Prof. Monika Grütters, Mitglied des Deutschen Bundestages

André Schmitz, Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten

Levi Salomon, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Markschies, Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Moderation: **Dr. Joachim Wagner**, stellvertretender Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio in Berlin

Podiumsdiskussion: “Wenn Fußball keinen Spaß mehr macht, sondern zur Bedrohung wird.“ – Antisemitismus und Rassismus im Fußballstadion”

Podiumsveranstaltung **am Donnerstag, den 25. September 2008 um 18.00 Uhr** im großen Saal der Neuen Synagoge Berlin – Centrum Judaicum | Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Eine Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin in Zusammenarbeit mit:

- Berliner Fußballverband
- TuS Makkabi
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus JFDA
- Centrum Judaicum

Antisemitische und rassistische Angriffe sind an der Tagesordnung auf deutschen Fußballplätzen. Gingen diese Ausfälle vor einigen Jahren überwiegend vom Publikum aus, so äußern sich nun auch die Spielenden vermehrt in antisemitischer und rassistischer Manier. Seit einigen Jahren geht der Deutsche Fußballverband vehement gegen solche Fälle vor. Aber in den unteren Ligen schauen Schiedsrichter immer wieder über antisemitische und rassistische Anfeindungen hinweg oder erweisen sich gar als parteiisch für die angreifenden Mannschaften.

Auch der Berliner Klub TuS Makkabi ist ständig mit solchen Situationen konfrontiert. Tuvia Schlesinger, der Vorsitzende des TuS Makkabi, berichtet, dass es mittlerweile gesellschaftsfähig geworden sei, die Spieler des Klubs zu beleidigen. Es verginge kein Tag, an dem nicht einer der TuS Makkabi-Spieler antisemitisch beschimpft werde. Derzeit herrsche eine Stimmung gegen den Klub, die nahezu unerträglich sei. ¹

Um solchen Situationen entgegen zu wirken, ist eine kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus im Fußball nötig. Daher laden die Jüdische Gemeinde zu Berlin, TuS Makkabi, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, der Berliner Fußballverband, sowie das Centrum Judaicum alle Interessierten zur Podiumsveranstaltung “Antisemitismus im Fußball” ein.

Danksagung

Die Veranstalter danken Rabbiner Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Leo Trepp DD. für die finanzielle Unterstützung dieser Veranstaltung.

Programm

Beginn 18.00 Uhr

Vortrag

Gordian Meyer-Plath, Referatsleiter für “Politischen Extremismus” beim brandenburgischen Verfassungsschutz: “Rechtsextremismus und Antisemitismus im Fußball”

Podiumsdiskussion

- Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin
- Tuvia Schlesinger, Vorsitzender des Fußballvereins Makkabi-Berlin
- Gerd Liesegang, Vizepräsident des Berliner Fußball-Verbandes
- Gordian Meyer-Plath, Referatsleiter für “Politischen Extremismus” beim brandenburgischen Verfassungsschutz

Moderation

Matthias Müller, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

¹ Tuvia Schlesinger im Interview mit der Wochenzeitung WOZ, erschienen am 27.3.2008

Tagung „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“

**am
Mittwoch, 17. September 2008
10.00 - 15.30 Uhr
in der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
in Zusammenarbeit
mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin**

„Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“

Der transnationale Trend ist ungebrochen: Antisemitismus nimmt weiter zu. Nach einer Meinungsumfrage der „Anti-Defamation League“ in fünf europäischen Staaten (2007) sind negative Einstellungen gegenüber Juden angestiegen. 51% glauben, dass Juden loyaler gegenüber Israel als den Staaten sind, in denen sie leben. Fast 40% glauben, dass Juden zuviel Macht in der Wirtschaft besitzen. Nicht nur diese Umfrage belegt: Antisemitische Stereotype, Vorurteile und Verschwörungstheorien über Juden sind in der westlichen Welt weit verbreitet. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ ermittelte bei rd. 10% der befragten Deutschen manifeste antisemitische Orientierungen. Andere Studien berichten von noch höheren Zahlen. Regelmäßig werden uns antisemitische Anpöbeleien und Bedrohungen berichtet. Seit einigen Jahren beobachten wir verstärkt antisemitische Einstellungen und Aktivitäten bei Jugendlichen mit migrantischem-muslimischen Hintergrund. Dieses Phänomen hat zwar auch etwas mit den Eskalationen im Nahostkonflikt zu tun, ist aber nicht ursächlich auf diesen Konflikt zurückzuführen. „Islamischen Antisemitismus“ gibt es seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts und er ist eng verbunden mit dem Aufstieg der Muslimbrüderschaft in Ägypten zu einer Massenbewegung. Antisemitismus in der arabisch-islamischen Welt hat religiöse Wurzeln (judenfeindliche Passagen im Koran und der Tradition) sowie kulturelle und politische Ursachen. Diese gilt es nüchtern zu analysieren. Mehrere internationale Konferenzen (Berlin, Cordoba) haben sich in den letzten Jahren mit Antisemitismus als globalem Phänomen beschäftigt. Dabei wurde auch das Bestreben sichtbar, Antisemitismus und „Islamophobie“ zu vergleichen, bzw. auf die gleiche Stufe zu stellen. Ob ein solcher Vergleich gerechtfertigt ist, muss diskutiert werden. Wir geben einen kurzen Überblick über transnationale Entwicklungen des Antisemitismus, diskutieren eine „Arbeitsdefinition“ von Antisemitismus und widmen uns dem Phänomen des „Islamischen Antisemitismus“.

P r o g r a m m

10.00 - 10.15 **Begrüßung und Eröffnung**

Lala Süsskind

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

10.15 - 10.45 **„Islamischer Antisemitismus“ - Ursprünge und
Entwicklungen in der islamischen Welt und in Europa**

Dr. Matthias Küntzel

Politikwissenschaftler, Hamburg

10.45 - 11.15 **Diskussion**

Moderation:

Levi Salomon

Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus,
Jüdische Gemeinde zu Berlin

11.15 - 11.30 **Kaffeepause**

11.30 - 12.00 **Hass auf Israel und Antisemitismus in muslimischen
Jugendkulturen: Funktion und pädagogische Begegnung
des Ressentiments in der Einwanderergesellschaft**

Dr. Jochen Müller

Islamwissenschaftler, Berlin

12.00 - 12.30 **Diskussion**

Moderation:

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

12.30 - 13.30 **Mittagessen**

13.30 - 14.30 **„Islamophobie“ - Entstehung, Entwicklung und
Verwendung eines Begriffes - Erfahrungen aus
England und Deutschland**

Dr. Kenan Malik

Politikwissenschaftler, London

Klaus Faber

Rechtsanwalt, Staatssekretär a.D., Berlin

Seyran Ates

Rechtsanwältin, Berlin

14.30 - 15.30 **Diskussion**

Moderation:

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

15.30 Ende der Veranstaltung

Gründung des „Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus“

Das „Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ (JFDA) wird **am Mittwoch, den 30. April 2008 um 19.00 Uhr** im großen Saal der Jüdischen Gemeinde zu Berlin der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Dieses, von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin initiierte Forum, ist ein Zusammenschluss jüdischer Expertinnen und Experten, die sich im Rahmen unterschiedlicher Tätigkeitsfelder mit Antisemitismus auseinandersetzen.

„Antisemitische Tendenzen sind in Deutschland längst kein Phänomen der politischen Extreme mehr. Auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus werden antisemitische Ressentiments verbreitet. Immer häufiger wird auch eine einseitige Israelkritik genutzt, um jene Ressentiments in veränderter Form zu transportieren. Bisher fehlte jedoch ein Gremium von Expertinnen und Experten, das sich dieser Entwicklung aus jüdischer Perspektive annimmt und versucht, dieser Bedrohung entgegen zu wirken.“ So Chana Steinwurz und Maja Zehden, Sprecherinnen des JFDA.

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen, Workshops, Konferenzen, die Herausgabe von öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen sowie den Aufbau eines Online-Informationportals.

Das Forum strebt ein Bündnis mit anderen Institutionen und Gruppierungen an, deren Ziel es ist, antidemokratische und antisemitische Tendenzen zu bekämpfen.

Zum Auftakt der Gründungsveranstaltung des JFDA richten **Lala Süsskind** (Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin), **Petra Pau** (Bundestagsvizepräsidentin), **Prof. Dr. Gert Weisskirchen** (MdB, Persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus), **Dr. Christian Hanke** (Bezirksbürgermeister Berlin-Mitte), **Volker Beck** (MdB, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), **Hellmut Königshaus** (MdB, Vorsitzender der „Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem“ Berlin) und **Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses) ihre Grußworte an das Publikum. Im Anschluss daran hält **Dr. Yves Pallade** (Director B'nai B'rith Europe / Foreign Affairs Network, Mitglied des JFDA) den ersten Vortrag des JFDA zum Thema „Deutscher Antisemitismus – ein Problem der politischen Extreme?“.

3. Pressemitteilungen (Auswahl)

16. Dezember 2008: Zum NPD-Verbotsverfahren

Wir fordern die Politik auf, die Voraussetzungen für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren zu schaffen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert konsequentes und kontinuierliches Handeln. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus.

Wir sind bestürzt über das Attentat auf Alois Mannichl, den langjährigen Polizeichef von Passau, dessen Engagement im Kampf gegen den Rechtsextremismus weit über die Grenzen Passaus bekannt ist.

Sollte es sich bestätigen, dass der Mordanschlag auf Alois Mannichl einen rechtsextremen Hintergrund hat, würde dies eine neue, bisher unvorstellbare Qualität in der Auseinandersetzung von gewaltbereiten Rechtsextremisten mit dem Staat bedeuten.

Durch das seit langem geforderte NPD-Verbot würden den Rechtsextremen finanzielle Mittel entzogen. Ebenso würde ihnen die öffentliche Bühne genommen werden. Der Versuch der NPD, sich als wählbare Alternative darzustellen, wäre vereitelt. Schließlich scheiterte das frühere Verbotsverfahren hauptsächlich an der V-Leute-Praxis, während zweifelsfrei feststeht, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.

Wir fordern die Politik auf, die Voraussetzungen für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren zu schaffen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert konsequentes und kontinuierliches Handeln. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus. So deutlich wir für ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD eintreten, so klar lehnen wir ein neuerliches Verbotsverfahren ab, solange es keinerlei Aussicht auf Erfolg hat.

*Jüdische Gemeinde zu Berlin,
Lala Süsskind*

*Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus,
Levi Salomon*

12. November 2008: Zur Kundgebung "70 Jahre nach der Reichspogromnacht – Gegen Antisemitismus"

Bei der Kundgebung zu der

u.a. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten VVN-BdA aufgerufen hatte, trug

Dass ausgerechnet das Gedenken an die Novemberpogrome 1938 durch die Provokation eines verdeckt arbeitenden Polizeibeamten gestört wird, ist eine Beleidigung der Opfer. Wir sind empört über diese Entgleisung. Polizeibeamte, die sich als Rechtsradikale ausgeben, haben auf einer Demonstration zur Erinnerung an die Pogrome vom November 1938 nichts zu suchen.

Jüdische Gemeinde zu Berlin, Oranienburger Str. 28-31, 10117 Berlin

Vorsitzende: Lala Süsskind, Tel.: (030) 880 28-232, Fax: (030) 880 28-250,

E-Mail: vorstand@jg.berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, Oranienburger Str. 28-31, 10117 Berlin

Vorsitzender: Levi Salomon, Tel.: (030) 880 28-357, Fax: (030) 880 28-250,

E-Mail: levi.salomon@jg-berlin.org

4. November 2008: Antisemitischer Übergriff in Charlottenburg

In der Nacht zum Sonntag fand in Berlin-Charlottenburg ein antisemitischer Übergriff auf einen US-amerikanischen Rabbiner und seine acht Schüler statt. Die Gruppe war in einem Kleinbus auf dem Weg zur Chabad Lubawitsch Synagoge in Wilmersdorf, als sie von zwei Unbekannten in einem Mercedes ausgebremst und antisemitisch beschimpft wurden. Die Täter warfen einen brennenden Gegenstand in Richtung des Kleinbusses und flüchteten unerkannt.

Übergriffe wie dieser belegen, dass Menschen, die durch ihre Kleidung oder Symbole als jüdisch zu erkennen sind, gefährdet sind, körperlich und verbal angegriffen zu werden. Dieser Fall zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus

zu verstärken. Dazu ist ein jährlicher Bericht zur Antisemitismusbekämpfung der Bundesregierung nötig. Nur so können ein aussagefähiger Überblick über die Häufigkeit und Schwere derartiger Vorfälle und wirksame Präventionsmaßnahmen entwickelt werden.

Jüdische Gemeinde zu Berlin, Oranienburger Str. 28-31, 10117 Berlin

Vorsitzende: Lala Süsskind, Tel.: (030) 880 28-232, Fax: (030) 880 28-250,

E-Mail: vorstand@jg.berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, Oranienburger Str. 28-31, 10117 Berlin

Vorsitzender: Levi Salomon, Tel.: (030) 880 28-357, Fax: (030) 880 28-250,

E-Mail: levi.salomon@jg-berlin.org

3. November 2008: Forderung zur Einigung im Bundestag über einen regelmäßigen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus fordern Einigung im Bundestag über einen regelmäßigen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus fordern die Fraktionen im Deutschen Bundestag auf, sich rasch auf eine gemeinsame Beschlussfassung zur Antisemitismusbekämpfung zu einigen und dabei an die bereits vorliegenden Vorschläge zur Einsetzung eines Bundesbeauftragten anzuknüpfen, der unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen regelmäßig einen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung erstellen und dem Bundestag zuleiten soll. „Die von einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe entwickelten Vorschläge, insbesondere die Forderung nach einem jährlichen Bundesbericht, bilden eine gute Grundlage für die Beschlussfassung, die sich zu Recht auf die Antisemitismusbekämpfung konzentrieren. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und wieder wachsender antisemitischer Strömungen, die auch die antisemitische Israelfeindschaft umfassen, ist Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen, in allen Gesellschaftsschichten, rechts, links und, wie die Bundeskanzlerin zu Recht betont hat, auch in der Mitte der Gesellschaft, sowie ebenso in Migrantengruppen, als besonders gefährliches Diskriminierungsphänomen zu bekämpfen. Antisemitismus ist kein Unterfall von Rechtsradikalismus, Rassismus oder gar von Fremdenfeindlichkeit. Antisemitismusbekämpfung sollte daher nicht mit der Abwehr dieser Erscheinungen vermischt und verbunden werden, für die es andere geeignete Instrumente gibt. Auch die Auseinandersetzung mit den antisemitischen Positionen der DDR, die nicht selten linke Strömungen im früheren Westdeutschland beeinflusst haben, ist in der Antisemitismusdebatte aufzugreifen. Die Diskussion darüber darf aber nicht die notwendige Einigung auf eine gemeinsame Position zur Antisemitismusbekämpfung behindern oder verhindern,“ erklärten die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus in einer gemeinsamen Pressemitteilung.